

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 8. Februar 2022

Thuner Wirtschaftsverbände sind mit dem städtischen Förderprogramm Energieeffizienz nicht einverstanden

Am 17. Februar 2022 soll der Stadtrat von Thun über das neue Förderprogramm zur Energieeffizienz befinden. Der Verband Wirtschaft Thun Oberland und der Gewerbeverein Thuner KMU haben sich bereits in der Vernehmlassung kritisch zum Förderprogramm geäußert und Verbesserungsvorschläge eingebracht – diese wurden jedoch allesamt nicht berücksichtigt. Die beiden Wirtschaftsverbände verlangen nun, dass das Geschäft verschoben wird; zumindest bis das neue Energiegesetz des Kantons Bern verabschiedet ist, welches in der März-Session beraten wird.

Für den Verband Wirtschaft Thun Oberland und den Gewerbeverein Thuner KMU ist es unerklärlich, warum der Gemeinderat der Stadt Thun das neue Förderprogramm zur Energieeffizienz unbedingt vor dem Entscheid zum neuen kantonalen Energiegesetz dem städtischen Parlament zum Entscheid vorlegen will. Traktandiert ist das Förderprogramm zur Energieeffizienz für die zweite Stadtratssitzung am 17. Februar 2022. Der Grosse Rat des Kantons Bern indes entscheidet erst in der März-Session über das neue, richtungsweisende Energiegesetz, welches auch Auswirkungen auf Thun hat. Derzeit läuft die zweite Lesung und es zeichnet sich eine gute Kompromisslösung ab – getragen von allen kantonalen Parteien. Nur so hat das neue Gesetz im März im Rat auch eine Chance, ohne dass es zu einem Referendum kommt. Kommt hinzu, dass verschiedene Ziele des neuen Förderprogramms der Stadt Thun auch integraler Bestandteil des neuen Energiegesetzes des Kantons Bern sein werden. Daher macht es wenig Sinn, bereits jetzt auf kommunaler Ebene vorzupreschen, ehe der Grosse Rat in der Frühjahrssession über das Gesetz befindet. Vielmehr ist anzustreben, dass das künftige Reglement der Stadt Thun mit dem kantonalen Gesetz korrespondiert. Aus diesem Grund erachten es die beiden Thuner Wirtschaftsverbände als zwingend, das Geschäft in Thun auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Heisst: Am 17. Februar 2022 soll der Stadtrat von Thun nicht auf das Geschäft eintreten und dieses an den Gemeinderat zurückweisen, mit der gleichzeitigen Forderung, auch die Anliegen der Wirtschaft und der Gewerbebetriebe nochmals zu überprüfen und zu berücksichtigen.

Das neue Reglement der Stadt Thun sieht mit der Erhöhung des Strompreises vor, nebst einer zusätzlichen Stelle auch einen Fonds zu bilden, mit welchem das Geld umverteilt werden soll. Grundsätzlich unterstützen die Thuner Wirtschaftsverbände Förderprogramme – aber dann müssen sie zieldefiniert und nachhaltig sein. Für beide Thuner Organisationen sind in diesem Fall Mehrkosten von rund 700'000 Franken zuzüglich einer neuen Verwaltungsstelle – welche mit rund 75'000 Franken zu Buche schlägt – nicht vertretbar, zumal es bereits genügend Fach- und Expertengremien gibt. Absolut störend ist, dass das «Verteilungsgremium» durch Kadermitarbeitende der Stadt Thun besetzt werden soll – und diese theoretisch das zusätzlich generierte Geld für Energieprojekte von stadteigenen Liegenschaften bzw. für Projekte von

stadtnahen Betrieben/Aktiengesellschaften einsetzen kann. Dies gleicht einer versteckten Steuererhöhung, welche beide Thuner Wirtschaftsverbände klar ablehnen. Die Stadt Thun hat beim Reglementsentswurf stets ihre Vorbildrolle herausgehoben. Was jetzt vorliegt, entspricht jedoch nicht den Erwartungen. Der Verband Wirtschaft Thun Oberland als auch Thuner KMU haben in der Vernehmlassung diverse Vorschläge eingebracht, mit welchen die Stadt Thun schweizweit als Vorreiterin punkten könnte. So unter anderem beim Verzicht auf zusätzliche Fachgremien. Oder dass bei energieeffizienten Bauvorhaben (Heizungsanlagen/Solarenergie) auf unnötige und zusätzliche Baubewilligungsgebühren verzichtet werden soll. Alles Vorschläge, welche im Rahmen der Vernehmlassung leider nicht berücksichtigt worden sind.

Fakt ist: Beide Verbände erachten eine zusätzliche Stromgebühr als unsozial, Familien und Mieter werden dadurch noch weiter unnötig und zusätzlich belastet – obwohl viele Unternehmen, aber auch Private und Liegenschaftsbesitzer – bereits seit langem auf E-Mobilität setzen, Wärmepumpen und Solarkraft bevorzugen oder diesbezüglich einen Wechsel anstreben. Energieintensive Gewerbebetriebe wie beispielsweise Bäckereien würden mit dem neuen Reglement wieder höhere Abgaben entrichten müssen, obwohl die Stadt Thun bereits jetzt bis zu 10'000 Franken pro Kunde und Jahr an Stromabgaben einverlangt. Abgaben, die letztlich den Konsumenten mit Preiserhöhungen weitergegeben werden.

Der Verband Wirtschaft Thun Oberland als auch Thuner KMU sind der Meinung, dass die politisch lancierte Thuner Energiespar-Offensive auch ohne ein zusätzliches, kompliziertes und teures Förderprogramm in Gang kommt. Was derzeit die Unternehmer und Konsumenten viel mehr beschäftigt ist die generelle Unsicherheit bezüglich flächendeckender Energieversorgung, die generellen Lieferengpässe und der allgemein grassierende Fachkräftemangel in zahlreichsten Branchen. Hier gilt es nun vorausdenkend zu planen und den Hebel anzusetzen.

Für Rückfragen:

Carlos Reinhard

Präsident Verband WIRTSCHAFT THUN OBERLAND
Mobile 079 331 15 81. E-Mail: cr@reinhardadvisory.ch

André Lengen

Präsident Gewerbeverein Thuner KMU
Mobile: 079 301 87 53. E-Mail: lengen@zauggbau.ch